Bezugspreis
Vierteljährlich 6 Mark 70 Pfg. einschließlich aller Zustellgebühren. Die Einzelnummer des Blattes kostet 15 Pf. Erscheinungsweise täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung.

Gegründet 1877.

Aus den Tannen

Amtsblatt für Altensteig, Stadt.
Allgemeines Anzeige- und Unterhaltungsblatt
Von der oberen Nagold.

Anzeigenpreis
Die 1spaltige Zeile oder deren Raum 50 Pf. Die Reklamezeile oder deren Raum 1.50 Mk. Mindestpreis eines Auftrags Mk. 2. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Bei gerichtl. Eintreibung u. Konkursen fällt der Rabatt hinweg.

Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. Für die O.-A.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 108 | Druck und Verlag in Altensteig. | Montag den 10. Mai | Amtsblatt für den O.-A.-Bezirk Nagold. | 1920.

Hindenburg und der Zusammenbruch.

Nichts liest man in dem Werke des Generalfeldmarschalls „Aus meinem Leben" (es ist soeben bei Hirzel in Leipzig erschienen) mit größerer Bewegung als die beiden letzten Kapitel: „Dem Ende entgegen" und „Mein Abschied". Er, der Sieger in so vielen Schlachten, mußte sich beugen unter ein Geschick, dessen riesengroße unverdiente Härte unter Millionen ja doch nur ihm allein zum Bewußtsein kommen konnte. Seit der Unglücksschlacht vom 8. August bangte ihm, das liest man überall heraus, vor dem Zusammenbruch, vor dem Ermatten unsrer Kraft. Er hielt aber weder die Katastrophe unserer Bundesgenossen, noch das Versagen der Heimat für so nahe, wie sie tatsächlich waren. Er kannte den deutschen Soldaten, dessen Heldentaten während vier Jahren er mit gerührter Bewunderung erzählt, zu gut, um ihm nicht auch nach ein paar unglücklichen Schlachten Haltung und Festigkeit zuzutrauen. Aber nun kam im September der Zusammenbruch und der Abfall Bulgariens, im Oktober die Katastrophe Oesterreichs. Es war die Gewißheit da, daß die Front im Südosten und Osten nicht mehr geschlossen sein würde, daß der Feind durch halboffene Eingangspforten sich auf das alleingelassene Deutschland stürzen würde. Es kam im Oktober die viel schmerzlichere Gewißheit, daß im Innern Deutschlands die heroische Widerstandskraft nicht mehr vorhanden war, auf die der General rechnen mußte. Immer wieder an verschiedenen Stellen seines Buchs betont Hindenburg, daß die Heimat früher erlahmte als das Heer. Er gibt dem einen sehr verständlichen Ausdruck mit dem Satz, daß der deutsche Soldat und der deutsche Staatsmann in verschiedenen Richtungen gingen. Er spricht es deutlich aus in dem Brief an den damaligen Reichskanzler Max von Baden vom 24. Oktober 1918, worin er nicht verhehlt, daß er in den letzten Reichstagsreden einen warmen Aufruf zugunsten und für die Armee schmerzlich vermißt habe. Er habe von der neuen Regierung erhofft, daß sie alle Kräfte des gesamten Volks in den Dienst der vaterländischen Verteidigung sammeln würde. Das sei nicht geschehen.

Hindenburg schildert, wie er nach dem Rücktritt Ludendorffs am 26. Oktober General Gröner als Generalquartiermeister erhielt und mit ihm den weiteren Rücknarsch und das Zurückziehen des Heers in die Verteidigungslinien Antwerpen—Maas leitete. Er spricht davon, wie schwer dieser Entschluß durchzuführen gewesen sei, besonders wegen der Rettung der 80 000 Verwundeten in den vorderen Lazaretten. Aber nun kam die Revolution, die nach dem Hindenburgschen Ausdruck wie ein Fieber den ganzen Volkskörper schüttelte und jede ruhige Ueberlegung schwinden machte. Hindenburg war seit dem 26. Oktober, wo er Berlin verlassen hatte, wieder im Hauptquartier. Noch am 5. November eilt General Gröner nach der Hauptstadt, um die Parteiführer vor der kommenden Revolution zu warnen. Er kommt zu spät. Am 6. November bei seiner Rückkehr wäre Gröner beinahe selbst von den Revolutionären abgefangen worden. Am 7. (oder 8.) November erfolgt die angebliche Thronentsagung des Kaisers. Hindenburg sagt, daß im Vaterland diese Thronentsagung verkündet wurde, ehe der Entschluß vom Kaiser gefaßt war.

Nun war man am Ende. Hindenburg blieb in Spa, um das Schwerste, das Entsagungsvollste zu tun, was einem solchen Heerführer je aufgetragen war, das Heer in die Heimat zurückzuführen. Am 9. November, nachmittags, sah er den Kaiser zum letzten Mal.

Neues vom Tage.

Gute Vorsätze für Spa.

Dresden, 9. Mai. Vor einer Zentrumsversammlung sagte Reichsfinanzminister Wirth: Ich werde jedem die Tür weisen, der mir den Gedanken des Staatsbankerotts nahelegen will. Wir werden nach Spa gehen und der Entente sagen, daß nur Gemeinsamkeit uns helfen kann. Das Schicksal der deutschen Mark ist auch das Schicksal des französischen Franken. Die Faust von Foch ist ein Zeichen dafür, wie unvernünftig die Welt regiert wird. Wir gehen nach Spa, um offen und ehrlich aufzuklären. Wir haben nichts zu verheimlichen. Wenn wir aber nur zuhören sollen, was die andern beraten, dann werden wir nicht hingehen. Der Abschluß des Kreditabkommens mit Holland in Höhe von 250 Millionen Gulden ist eine Tat der Holländer, die ehrenvoll in der Welt dasteht.

Mailand, 9. Mai. Dem „Secolo" wird aus Paris gemeldet, die Hoffnungen, die man in Deutschland auf Spa setze, werden in Paris nicht geteilt. Die deutschen Vertreter werden zu den eigentlichen Verhandlungen des Obersten Rats nach dem Vorschlag Frankreichs nicht zugelassen.

Einspruch der Kolonialgesellschaft.

Magdeburg, 9. Mai. Bei ihrem ersten Zusammentreten nach Friedensschluß erhob die Deutsche Kolonialgesellschaft auf ihrer Tagung Einspruch gegen den widerrechtlichen Raub der deutschen Kolonien durch die Entente. Sie weist auf die den ganzen Welthandel und alle daran beteiligten Völker schwer bedrohenden Folgen hin, die daraus entstehen müssen, wenn die mit überseeischer Besitzung übersättigten Länder, England und Frankreich, das Monopol für die Erzeugung und den Vertrieb der tropischen Rohstoffe erwerben. Die Kolonialgesellschaft erhebt außerdem die Forderung, daß bei der Revision des Versailler Friedensvertrags vor allem Maßnahmen ergriffen werden, um Deutschland den ihm gebührenden Anteil an der Erschließung überseeischen Neulands zu sichern.

Die Räumung der neutralen Zone.

Berlin, 9. Mai. Die französische Regierung wurde verständigt, daß die überzähligen Reichswehrtruppen bis 10. Mai aus dem Ruhrgebiet zurückgezogen sein werden.

Lohnbewegung.

Kattowitz, 9. Mai. Die oberschlesischen Bergarbeiter sind mit neuen Lohnforderungen hervorgetreten. Für heute sind allgemeine Bergarbeiterversammlungen einberufen, um die Forderungen auf hundertprozentige Lohnerhöhung festzulegen.

Stolp in Pommern, 9. Mai. Die seit 3 Wochen streikenden Metallarbeiter verwehrten den Angestellten der Ueberlandzentrale den Zutritt zu den Werken. Stadt und Umgebung sind ohne elektrischen Strom.

Berlin, 9. Mai. In den Betriebswerkstätten der Eisenbahndirektion Berlin sind in den letzten acht Tagen zahlreiche Kündigungen von Eisenbahnern erfolgt. In der Berliner Metallindustrie sind seit dem 15. April etwa 2300 Arbeiter entlassen worden. Ebenso kündigte die Berliner Omnibusgesellschaft wegen andauernder Unwirtschaftlichkeit bei fortgesetzten Lohnsteigerungen 500 Angestellten.

Deutscher Schulstreik in Oberschlesien.

Breslau, 9. Mai. Die Kommission der Verbündeten hat auf Drängen der Polen in den beiden oberschlesischen Kreisen Rybnik und Pleß angeordnet, daß in den Schulen nur polnisch gesprochen werden dürfe, da es sich um „rein polnische" Bezirke handle. Gegen diese Anordnung haben sich jetzt in acht Gemeinden des Kreises Rybnik die Eltern durch einen Schulstreik gewehrt.

Gegen den Schleichhandel.

München, 9. Mai. In einer Versammlung, die dem Kampf gegen das Schieber- und Wuchertum galt, teilte Justizminister Dr. Müller mit, daß Bayern im Verein mit Baden vergeblich die Aufhebung des Post- und Telegraphengeheimnisses zur Bekämpfung des Schleichhandels und Wuchertums beim Reich verlangt habe. Die bayerische Regierung werde allenfalls auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung auf diesem Gebiet selbständig vorgehen.

Gegen die schwarzen Franzosen.

München, 9. Mai. Die weiblichen Abgeordneten sämtlicher Parteien des Bayerischen Landtags haben (wie die Frauen im Württembergischen Landtag) an ihre Staatsregierung einen Antrag gerichtet, sie möge bei der Reichsregierung Schritte einleiten wegen Zurückziehung der schwarzen Truppen aus dem besetzten Gebiet mit Rücksicht auf die schweren sittlichen Verbrechen, die wiederholt an deutschen Frauen und Mädchen begangen worden seien, und die sich zu einer Schmach für die weiße Rasse gestalten.

*

Berlin, 9. Mai. Der französische Sozialistenführer Albert Thomas ist nach Paris zurückgereist, nachdem er sich mit dem Gewerkschaftsführer Legien und dem Reichsarbeitsminister Schlicke über die Fortsetzung des internationalen Arbeiterschutzes besprochen hatte. Das internationale Arbeitsamt, dessen Direktor Thomas ist, solle zwar vom Völkerbund nicht ganz abhängig, aber ihm gegenüber selbständig sein. Er erkenne Deutschland als vollberechtigtes Mitglied an, auch wenn es noch nicht zum Völkerbund gehöre.

Der soziale Kampf in England.

London, 9. Mai. In der Jahresversammlung der Primrose League (Primelbund in England, der die Weltherrschaftspläne Englands vertritt und seit 1884 besteht) wurde an Bonar Law die Frage gerichtet, ob in der englischen Industrie das Unternehmertum auch weiterhin die Führung behalte, oder ob die Betriebe verstaatlicht werden sollen. Bonar Law erwiderte, die Regierung sei darin einig, daß der Kampf ausgefochten werden müsse; in dieser Frage gebe es kein Verhandeln. (Die englische Regierung will also den Kampf gegen die sozialistischen Forderungen aufnehmen.)

Lloyd George sprach sich in einer Rede entschieden gegen die Sozialisierung der englischen Industrie aus.

London, 9. Mai. Nach den Blättern droht die Polizei in Irland in den Ausstand zu treten, wenn die englische Regierung nicht ausreichende Maßnahmen treffe, daß die Polizei ihre Pflicht erfüllen könne.

Englisch-japanischer Vertrag.

Berlin, 9. Mai. Der „Lokalanzeiger" berichtet, der englisch-japanische Bündnisvertrag soll auf sieben Jahre verlängert, aber unter die Aufsicht des Völkerbunds gestellt werden.

Krieg im Osten.

Amsterdam, 9. Mai. Einer Blättermeldung aus Warschau zufolge dauert der Kampf zwischen Bolschewisten und Polen um Kiew Tag und Nacht fort. Die Polen drängen in einem großen Halbkreis langsam vorwärts.

Einer Moskauer Meldung zufolge ist eine besondere Kommission ernannt worden zur Verstärkung der Streitkräfte und Kampfmittel an der polnischen Front. Vorsitzender der Kommission ist General Brussilow.

Kapitän Erhardt legt den Befehl nieder.

Berlin, 9. Mai. Kapitän Erhardt verabschiedete sich heute im Munsterlager von der Marinedivision. Er ließ den Soldaten mitteilen, daß er nicht in Haft gehen, sondern sich in Sicherheit begeben werde.

Die verruchte Hand.

Budapest, 9. Mai. An allen Häusern der Stadt sind Plakate mit Karten angeschlagen, die den Gebietsverlust verzeichnen, den Ungarn durch den Friedensvertrag erleiden soll. Darunter steht: „Verrucht sei die Hand, die diesen Frieden unterzeichnet!"

Spaltung der liberalen Partei in England.

London, 9. Mai. Auf der Versammlung der liberalen Partei wurden die liberalen Mitglieder der Koalitionsministeriums, besonders Mac Namara mit feindlichen Zurufen empfangenn. Als Leiter der Partei wurde Asquith bestätigt. Die liberalen Anhänger der Koalition verließen den Saal und hielten im Rathaus eine besondere Versammlung ab. „Telegraaf" sagt, die Spaltung der liberalen Partei sei nun eine Tatsache.

Krieg im Osten.

London ,9. Mai. „Daily Herald" meldet, daß zwei Dampfer mit Munition für die Polen geladen werden, ein anderer Dampfer sei bereits mit 8 Flugzeugen unterwegs.

Der Völkerbund als Wahlparole.

London, 9. Mai. Die „Times" melden aus Washington: Republikanische Senatoren von allen Staaten beschlossen in einer Versammlung, bei der Präsidentschaftswahl das amerikanische Volk über die Völkerbundsfrage entscheiden zu lassen. Eine Erklärung verurteilt die Völkerbundsstatuten, die Wilson aus Paris mitbrachte, und schlägt für den Fall, daß die Wahl auf einen Republikaner fällt, die Ausführung eines Programms vor, wie es Knox in seiner letzten Rede aufstellte, die den Krieg für ungesetzlich erklärt und die Errichtung eines parlamentarischen internationalen Gerichtshofs fordert. Die Entscheidung der Republikaner wird zwischen Johnson und Knox schwanken.

London, 9. Mai. Carranza ist von Mexiko nach Veracruz geflohen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Württ. Landtag.

Stuttgart, 7. Mai.

Die Nachmittagssitzung (91.) wird um 5.15 Uhr eröffnet. Fortsetzung der Beratung der Anträge des Volkswirtschaftlichen Ausschusses zur

Volksernährung und Volkswirtschaft.

Abg. Stirgele (Z.): Die Zwangswirtschaft kann in ihrem ganzen Umfang nicht aufgehoben werden, solange wir nicht die Produktion oder die Einfuhr außerordentlich steigern können. Berechtigt ist die Forderung der Landwirtschaft nach angemessenen Preisen. Wichtig für die Produktionssteigerung ist auch die Versorgung der Landwirtschaft mit Kunstdünger und Futtermitteln. Wünschenswert wäre es auch, daß die Landwirte selbst mehr zur öffentlichen Bewirtschaftung innerhalb ihres Kommunalverbandes herangezogen und daß ungerechtfertigten Preissteigerungen bei den landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln vorgebeugt würde. Der Abg. Körner hat uns nicht gesagt, in welcher Weise er die Versorgung der Minderbemittelten bei den Landlieferungen sicherstellen will. Die Leihpferdeangelegenheit habe viel Unmut bei den Landwirten hervorgerufen. Die Regierung sollte zum mindesten dafür sorgen, daß die Pferde, die jetzt noch abgegeben werden können, auch im Lande bleiben.

Abg. Hornung (U.S.P.): An der Zwangswirtschaft muß unter den heutigen Verhältnissen unbedingt festgehalten werden. Hätten wir sofort nach der Resolution den Großgrundbesitz sozialisiert, so hätten wir auch mehr Nahrungsmittel erzeugen können.

Ernährungsminister Graf: Die Forderung der Aufhebung der Zwangswirtschaft darf nicht mit der Schikanierung der Landwirte allein begründet werden; der Anlaß dazu war die Knappheit an eigenen Lebensmitteln. Wer hat denn den Vorteil gehabt von der Aufhebung der Zwangswirtschaft bei den Häuten und beim Hafer? Nur der Handel. Der Abg. Rapp habe es über sich gebracht, ihm (dem Minister) gegenüber mit dem Milchlieferungsstreik der Bauern zu drohen für den Fall, daß die Zentrifugen nicht freigegeben würden. Und auf der Landesversorgungsstelle habe der Abg. Rapp gegenüber zwei Beamten gesagt: er wisse wohl, daß bei Aufhebung der Zwangswirtschaft in den Städten noch einige Tausend Menschen verhungern würden. (Pfuirufe bei den Sozialdemokraten. Abg. Rapp: Das ist eine Lüge! Präsident Keil rügt diesen Ausruf. Rapp: Dieser Bericht wurde von einem Schreibmaschinenfräulein aufgenommen!) Die württembergische Regierung ist den berechtigten Wünschen der Landwirtschaft stets entgegengekommen. Lieferungsverträge mögen für Norddeutschland besser passen als für den Süden mit seinem parzellierten Besitz. Die Abstimmung der Landwirtschaftskammer über die Zwangswirtschaft hat mich außerordentlich befriedigt: 49 gegen 30 Stimmen! Und dieses Ergebnis, obwohl die Landwirtschaftskammer in der Hauptsache ein Ableger des Bundes der Landwirte ist. Daß die Berliner Nachricht über die starke Erhöhung der Fleischpreise auf Wahrheit beruht, kann ich nicht annehmen. Ich habe die Ueberzeugung, daß die Forderung der Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung lediglich einem agitatorischen Bedürfnis entspricht. (Zurufe rechts: Beweise! Vogt: Lächerlich!) Hierauf polemisiert der Minister noch scharf gegen die Haltung des Abg. Körner in der Frage der Aufhebung der Zwangswirtschaft und sagt, ob denn der Abg. Körner kein Gefühl dafür habe, daß er sich damit in einem direkten Gegensatz zum Christentum setze. (Körner: Das hat mit dem Christentum nichts zu tun!) Dann sagt der Minister gegenüber dem Abg. Ströbel, dieser habe sich seinerzeit im Finanzausschuß für den Einsetzungsvorbehalt einer Stelle eingesetzt, von der er im Voraus gewußt habe, daß er (Ströbel) sich auf sie berufen würde. (Stürmischer Widerspruch und großer Lärm rechts. Rufe: Unart! Gemeinheit! Ströbel: Ich verbitte mir das!)

Abg. Adorno (Z.) legt die Gründe der Verärgerung der Landwirtschaft dar und sagt, der Landwirt habe die hohen Brotpreise nicht verschuldet; er habe auch keinen Vorteil davon; die Spannung zwischen Getreide- und Brotpreis habe allmählich eine Höhe erreicht, die Anlaß geben sollte, daß die Regierung sich damit befaßt. Würden die Selbstkostenpreise der Milch aus den städtischen Gütern veröffentlicht, so würde man sehen, wie viel der Landwirt bei den jetzigen Milchpreisen verliert. Für 1 Liter Dünnbier zahlt man heute aber bis 2 Mk. 70 Pfg.

Abg. Wurm (B.P.): Den Ton, den der Ernährungsminister angeschlagen hat, war man bisher noch nicht gewohnt. Er hat den Vorwurf der Zwiespältigkeit gemacht. Dieser Vorwurf wundert mich von einem Angehörigen der Zentrumspartei. Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Die Zentrumspartei besteht bekanntlich aus einem Bauern- und einem Arbeiterflügel. Vorher hieß die Parole: Rapp, jetzt heißt sie: Rapp. Die erste tut offenbar ihre Wirkung nicht so, wie man es wünscht. Rapp wird für seine Aeußerung zwei Zeugen beibringen. Wenn wir für Aufhebung der Zwangswirtschaft kämpfen, kämpfen wir für die Gesundung der Volksmoral.

Abg. Körner zeigt noch, wie er sich die Umlagewirtschaft denkt, was den Ernährungsminister wiederum zu polemischen Bemerkungen veranlaßt.

Schluß der Sitzung 10¼ Uhr.

Stuttgart, 8. Mai.

(92. Sitzung.) In der Abstimmung über die Anträge des Volkswirtschaftlichen Ausschusses wird der Antrag des Bauernbunds die Zwangswirtschaft für 1920 aufzuheben, gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt. Die Ausschußanträge werden sämtlich angenommen. Annahme findet auch der Antrag Haag (B.B.), für den kommenden Herbst von Weinhöchstpreisen abzusehen. Abgelehnt wird gegen die Stimmen des Bauernbunds, der Demokraten und des Abg. Maunz (Z.) ein weiterer Antrag Haag, von allen behördlichen Maßnahmen beim Weinverkehr abzusehen. Abgelehnt wird schließlich gegen die Stimmen des Bauernbunds, der Demokraten und einiger Zentrumsmitglieder der Antrag Vogt (B.B.), den Metzgerinnungen den direkten Aufkauf von Schweinen und Kälbern innerhalb bestimmter Bezirke zu gestatten.

Das Gesetz über den Forstreservefonds wird in allen 3 Lesungen einstimmig angenommen.

Bei der 3. Beratung des Landtagswahlgesetzes stellt Abg. Weber (Z.) den Antrag auf Streichung der redaktionellen Aenderung, die der Abg. Konrad Haußmann beantragt hat. Der Antrag wird angenommen.

Bei der namentlichen Schlußabstimmung stimmen 105 Abgeordnete mit ja, 3 mit nein.

Das Schulgesetz angenommen.

Enthüllungen des Abg. Beißwänger.

Abg. Dr. Beißwänger (B.P.): Ein Teil meiner Freunde wird dem Gesetz zustimmen. Auch wir wollen langjährigen Wünschen der Lehrer entgegenkommen. Die Lehrer müssen in eine Besoldungsklasse kommen, die ihrer Vorbildung und Verantwortlichkeit entspricht. Meine religiöse Auffassung hat sich nicht geändert, wie der Kultminister gesagt hat. Dr. Hieber hatte als Religionsprofessor dieselben Auffassungen wie ich. Es gibt bekanntlich viele Leute in Deutschland, die in den letzten Jahren ihre Ansicht und Gesinnung änderten. 1904 hatte der Abg. Dr. Hieber dieselben Bedenken gegen das 8. Schuljahr wie meine Freunde. Heute vertritt er andere Gedanken. Hieber sagte früher: es wäre ein großes Wagnis, wenn der Staat die Simultanschule einführen würde. (Hört.) Ein württ. Regierungsvertreter hat auf der ersten Tagung des Reichsschulausschusses in Berlin ausgeführt, daß die württ. Schulverwaltung zu den gleichen Verhältnissen wie in Hessen kommen wolle. (Hört, hört.) Dabei gab er zu, daß eine Volksabstimmung eine Mehrheit für die Konfessionsschule geben würde. Seine Ausführungen liefen darauf hinaus, die Religionsschule zurück- und die Simultanschule durchzudrücken. Das Recht der Konfessionsschule sollte genommen werden. Jede Gemeinde mit 10 Proz. Angehörigen einer anderen Konfession sollte unter allen Umständen eine Simultanschule haben. (Hört.) Wir dürfen uns von Berlin nicht überrumpeln lassen. Es darf nicht hinter verschlossenen Türen verhandelt werden. Es ist kein Zweifel: solange ein namhafter Teil unserer Bevölkerung aus Gewissensgründen der Simultanschule widersteht, wäre es ein großes Wagnis, wenn der Staat die Simultanschule einführen würde. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Kultminister Dr. Hieber, durch diese Enthüllungen sichtlich überrascht, will nicht auf persönliche Bemerkungen eingehen. Die Vorbereitungen zu den Gesetzen vollziehen sich in den Kanzleien. Die Entscheidungen werden nicht hinter verschlossenen Türen getroffen. Die Aeußerungen des Referenten waren unverbindlich. Maßgebend sind die Bestimmungen der Reichsverfassung in Art. 146. Soweit es auf das Kultministerium ankommt, wird Art. 146 in der loyalsten Weise durchgeführt.

Abg. Beißwänger (B.P.): Ausgerechnet die beiden württembergischen Vertreter haben besonders unfreundlich über die Konfessionsschule gesprochen, während die Vertreter Badens und der sozialdemokratische Unterstaatssekretär Schulz ein gutes Wort für die Konfessionsschulen einlegten. Dr. Hieber sollte seine Vertreter richtig unterweisen.

Minister Bolz: Die Mitteilungen Beißwängers sind wenig erfreulich. Das eine geht mit ziemlicher Deutlichkeit hervor daß die beiden Regierungsvertreter ihre Meinung zum Ausdruck brachten als Anschauung der württ. Regierung, daß die Simultanschule möglichst durchgedrückt werden soll. Wenn die Tendenzen der Regierungsvertreter die Richtung für die Schulpolitik geben, wäre für uns (das Zentrum) ein Verbleiben in der Regierung nicht mehr möglich.

Abg. Dr. Baur (Z.): Daß persönliche Meinungen im Namen der Schulverwaltung abgegeben werden, darf nicht vorkommen.

Kultminister Dr. v. Hieber: Seit meinem Amtsantritt habe ich alles getan, um den Schulkampf nicht in das Volk zu tragen. Vertrauen Sie der Loyalität, die ich zusagte, daß die Art. 146 usw. der Reichsverfassung durchgeführt werden.

Abg. Heymann (S.): Wir haben das Verhältnis zwischen Schule und Kirche gelöst. Sie (zum Zentrum) möchten diese Entwicklung wieder rückwärts lenken. Die Schule ist nach staatlichen Interessen auszubauen.

Abg. Haußmann (D.D.P.): Wir wollen uns nicht um den großen Gewinn bringen lassen, der im letzten Jahr erreicht worden ist. In der Verfassung ist er in gegenseitiger Einmütigkeit festgelegt worden.

Abg. Bolz: Die Frage, ob Konfessions- oder Simultanschule, ist keine schultechnische Frage, wie Haußmann sagte. Die Erziehungsfreiheit der Eltern haben die Regierungsvertreter kneblen wollen.

Ein Antrag Wurm (B.P.), daß der Kirche der nach der Verfassung zustehende Einfluß auf Erteilung des Religionsunterrichts gesichert werde, wird abgelehnt.

Das ganze Schulgesetz wird mit 87 gegen 9 Stimmen angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag 9.30 Uhr.

Aus Stadt und Land.

Altensteig 10. Mai 1920.

* **Vortrag.** Im Saal des Grünen Baum hielt gestern Abend für die Deutsch demokratische Partei Handwerkskammersekretär Hermann-Reutlingen, Mitglied der deutschen Nationalversammlung, einen Vortrag, der sehr zahlreich besucht war, nicht nur seitens der deutsch-demokratischen Partei, sondern auch seitens anderer Parteien. Als Vorsitzender der deutsch demokr. Partei begrüßte Gg. Schneider die Erschienenen und insbesondere den Redner, der in beinahe zweistündigem Fluße dem Vortrag zur politischen Lage, den Wirtschafts- und Handwerkerfragen usw. Stellung nahm. Er wies in seiner Einleitung auf die kommende Reichstagswahl und die Notwendigkeit für den Mittelstand hin, zu den politischen Fragen Stellung zu nehmen. Zunächst behandelte der Redner die innerpolitische Lage, wobei er besonders die Tätigkeit der Nationalversammlung in Schutz nahm und betonte, daß es natürlich unmöglich gewesen sei, alles das wieder aufzubauen, was in 5 Kriegsjahren zerstört worden sei. Der Redner stellte der früheren Verfassung die neue Reichsverfassung gegenüber, die sich das Volk selbst gegeben habe und bei der eine Gleichberechtigung des Volkes geschaffen worden sei, wie sie kein anderer Staat aufzuweisen habe. Das Volk müsse sich aber auch darüber klar sein, welche Pflichten es dadurch übernommen habe und daß es mit Deutschland nur aufwärts gehen könne, wenn sich jeder einzelne einordne. Der Redner betonte, daß wir in Deutschland alles andere nötiger hätten als Parteikämpfe zu führen, daß dies aber nicht zu umgehen ist, zeigte der Verlauf und Ausklang des Vortrags nur allzu deutlich. Von besonderer Wichtigkeit sei, daß die Demokratie gesichert aus den Wahlkämpfen hervorgehe. Der Redner sprach dann über das Betriebsrätegesetz und besonders den Reichswirtschaftsrat, der sich aus Arbeitgebern und Arbeitern zusammensetzt und bei dem auch das Handwerk so vertreten sei, wie es ihm zustehe. Er hofft, daß es dem Reichswirtschaftsrat, der nach Pfingsten zusammentrete, möglich sei, die ganze Volkswirtschaft auf eine neue Grundlage zu stellen. Wie in der Politik, so müsse auch wirtschaftlich die Gleichberechtigung zustande kommen. Nur die Rückkehr zur Arbeit könne Deutschland aus seiner Not retten. Es sei freilich schwierig, Leute, die Jahre lang durch den Krieg der Arbeit entfremdet wurden, wieder einzureihen und so lange wir nicht in Deutschland denen die wirklich arbeiten nicht die entsprechende Nahrung geben können, werde es nicht besser werden und die Unruhen nicht aufhören. Die Papiergeldwirtschaft habe eine katastrophale Wirkung. Zwar habe sich die Valuta in letzter Zeit etwas gebessert, aber die Steigerung der Valuta bedeute für die Exportfirmen auch ein Zurückgehen ihres Exports. Aus dem Vertrag von Versailles sei bis jetzt nur Unheil herausgewachsen. Den Verhandlungen in Brüssel und besonders denjenigen in Spaa legt der Redner eine große Bedeutung bei und glaubt, daß aus den Verhandlungen in Spaa eigentliche Friedensverhandlungen werden können. Wichtig sei es, ob die Reichsregierung in Spaa darauf hinweisen könne, daß hinter ihr eine demokratische Mehrheit des Volkes stehe. Aus diesem Grund sei der Ausgang der Wahlen von größter Bedeutung. Die Einheit des Reiches sicherzustellen sei von größter Wichtigkeit. Ein Volk, das Ströme von Blut mit trauder vergossen habe, dürfe nicht auseinandergehen. Eine Kleinstaaterei wäre das Ende Deutschlands. Bezüglich des Völkerbundes verlohne es sich nicht, sich an ihm lange aufzuhalten. Er könne nur von Segen sein, wenn alle Völker dabei gleichberechtigt seien. Nur wenn Deutschland Gleichberechtigter sei, könne der Völkerbund für ihn in Betracht kommen. Zum wirtschaftlichen Wiederaufbau übergehend zeigte der Redner die Stellung seiner Partei zu den anderen Parteien und was sie von diesen trennt. Dabei wirft der Redner den beiden rechtsstehenden Parteien vor, daß sie aus Portemonnaieinteresse die Aufhebung der Zwangswirtschaft wünschen. Sie sei auf einer Reihe von Gebieten beseitigt, die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Brot und Getreide sei aber einfach unmöglich, denn dann käme der Laib Brot auf 12 Mk. Der Redner ging dann auf Angriffe der Rechtsparteien gegen die Deutsch demokratische Partei ein, was sie in scharfen Worten zurück und drehte den Spieß zum Angriff auf jene um. Er betonte dabei die Notwendigkeit der Koalitionspolitik, die Unbelehrbarkeit der Sozialdemokratie hinsichtlich der krampfhaften Bemühungen in der Sozialisierungsfrage, die Stellungnahme der Gewerkschaften gegenüber der Regierung und die Stellung der Deutsch dem. Partei bezüglich des Generalstreiks. Die Deutsche demokr. Partei habe es aus Vaterlandsliebe getan, wenn sie in die Regierung eingetreten sei. Die Partei werde ihren geraden Weg gehen und weder nach links, noch nach rechts blicken, sondern sich allein von der Pflicht dem Vaterlande gegenüber leiten lassen. Am 6. Juni gelte es eine Scheidewand den reaktionären Richtungen gegenüber aufzurichten. Die Wahl werde entscheiden für das Schicksal des deutschen Vaterlandes. Mit Säbelgerassel und Drohungen könne man keine Verständigung mit anderen Völkern erzielen. Unser aller Ziel müsse auf die Revision des Friedensvertrags von Versailles gerichtet sein. Mit einem Appell sich am 6. Juni zur Demokratie zu bekennen und mit einem nochmaligen Hinweis auf die Wichtigkeit hinsichtlich der Verhandlungen in Spaa schloß der Redner seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Bei der Diskussion, zu welcher der Vorsitzende einlud, erwiderte Rektor Jetter kurz auf die Angriffe des Vorredners der deutschen Volkspartei gegenüber, protestierte gegen die Art und Weise, wie die anderen Parteien hingestellt worden seien und stellte ein näheres Eingehen auf diese Angriffe bei der bevorstehenden Versammlung seiner Partei in Aussicht. Nach einer Erwiderung des Handwerkskammersekretärs Hermann, bei der er der deutschen Volkspartei wieder scharf zu Leibe ging und nachdem der Vorsitzende Schneider dem Vortragenden und den Besuchern des Vortrags gedankt u. die Wahl des Vortragenden bei der Reichstagswahl empfohlen hatte, schloß er die Versammlung, die einen kräftigen Auftakt zu den Wahlversammlungen gab.

* **Für Männer und Jünglinge** findet heute Abend 8 Uhr in der hiesigen Kirche ein Vortrag von Missionar Bielhauer über die Frage: Kann ein moderner Mann ein Christ sein? statt, worauf besonders aufmerksam gemacht sei.

— **Milchpreiserhöhung.** In einer in Karlsruhe abgehaltenen Sitzung des badischen Landesmilchausschusses wurde einer bedeutenden Erhöhung der Preise für Milch und deren Erzeugnisse zugestimmt. Ein entsprechender Entschluß wurde dem bad. Ministerium des Innern vorgelegt. Die süddeutschen Staaten wollen sich für eine möglichst gleichmäßige Preiserhöhung einigen. Der Landesmilchausschuß schlug einen Erzeuger-Preis von 1.50 Mk. vor.

— **Pachtkündigung.** Wie verlautet, haben die sämtlichen größeren Gutsbesitzer Württembergs beschlossen, die laufenden Pachtverträge, und zwar sowohl Einzelpacht wie Hofpacht, zu kündigen und von Verpachtung in Zukunft abzusehen. Teilweise soll auch die sofortige Auflösung der Pachtverhältnisse verlangt werden. Diese Maßnahmen sind auf den Gesetzesantrag der demokratischen Partei zurückzuführen, der die Abgabe des parzelliert verpachteten und nicht unter persönlicher Mitarbeit des Eigentümers bewirtschafteten Besitzes an den Staat verlangt, der über diesen Besitz zu Gunsten öffentlicher Körperschaften, insbesondere gemeinnütziger Siedlungsunternehmungen verfügen wird.

— **Erhöhung des Betrags für Nachnahmesendungen.** Im Hinblick auf die Geldentwertung ist die Erhöhung des zulässigen Betrags für Nachnahmesendungen im Postverkehr zu erwarten. Eine Einschränkung dürfte nur insofern erfolgen, als Nachnahmepakete über 1000 Mk. nur dann abgesandt werden dürfen, wenn statt der Postanweisung eine Zahlkarte beigefügt ist, d. h. also wenn der Absender ein Postscheckkonto besitzt.

— **Neuanmeldung der Auslandsforderungen.** In Kürze ist mit einer nochmaligen allgemeinen Aufforderung zur Neuanmeldung der auf Geld lautenden und aus der Vorkriegszeit stammenden Auslandsforderungen und Verbindlichkeiten auf besonderen Formularen zu rechnen. Für die beteiligten Kreise ist es empfehlenswert, zwecks rascher Durchführung des Verrechnungsverfahrens schon jetzt diese Anmeldung vorzubereiten.

— **130000 Tornister.** Die Abg. Fischer und Herbst (Bürgerpartei) haben beim württ. Staatsministerium die Anfrage eingebracht, ob diesem bekannt ist, daß in einem Ebinger Sammellager etwa 130000 Tornister lagern, die von der Reichstreuhandgesellschaft A.-G. Stuttgart an die Altlederverwertungsgesellschaft von C. Levin, Breslau, und S. Schwarzschild Feuerbach verkauft sein sollen. Der Verkauf sei zu verhindern und den Industrie- und Handwerkerbetrieben Gelegenheit zu geben, diese Bestände zu erwerben.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Berneck, 8. Mai. Heuer sind es 30 Jahre, seit der derzeitige Holzhauerobmann Joh. Gg. Frey bei der Gutsherrschaft als Holzhauer arbeitet. Aus diesem Anlaß wurde ihm eine Prämie von 50 Mk. übergeben.

• **Calw**, 8. Mai. (Nagoldturngau) Der untere Teil des Nagoldturngaues hatte als Ziel seiner diesjährigen Wanderung Neuhengstett bestimmt. Etwa 250 Turner, sowie die Liebenzeller Damenriege fanden sich am letzten Sonntag an der großen Buche am Vizinalweg Hirsau—Ottenbronn zusammen, um unter Vorantritt der Liebenzeller Kapelle geschlossen dem Neuhengstetter Turnplatz zuzuwandern, wo nach einer kernigen Ansprache durch den Vorsitzenden des Gaues, Landtagsabgeordneten Staudenmeyer, sich unter Leitung des technischen Ausschußmitglieds, Wilh. Wackenhuth, ein reges turnerisches Leben entwickelte.

• **Freudenstadt**, 8. Mai. (Errichtung eines Zollamts. — Probelehmhaus) Nach einer Mitteilung des Landesfinanzamts Abt. für Zölle und Verbrauchsabgaben kommt bei Neuorganisation der Zoll- und Verbrauchsabgabenverwaltung auf 1. April 1921 für Freudenstadt die Errichtung eines Zollamts in Frage, außerdem soll hier ein Bezirksoberkontrolleur aufgestellt werden. Das Zollamt würde die Geschäfte der genannten Verwaltung als Hebestelle für die Oberamtsbezirke Freudenstadt und Nagold und für die Gemeinden Alpirsbach, Röthenbach, Schramberg und Lauterbach des Oberamtsbezirks Oberndorf zu besorgen haben. Die Besetzung des Amts wird mit etwa 5 Beamten gedacht außer dem Bezirksoberkontrolleur. Die Ortssteuerämter sollen als Hebestellen wegfallen. — Um zu versuchen, aus der Wohnungsnot herauszukommen, beschloß der Gemeinderat den Bau eines Probelehmhauses nach dem Entwurf des Architekten Scharff. Der Entwurf stellt ein Doppelwohnhaus dar. Die Wände aus Fachwerk, ausgemauert mit selbstgefertigten Lehmbausteinen. Decken der Zimmer, sichtbare Balken mit Verschalung, Dachdeckung mit Ziegeln. Die Kosten für ein Häuschen stellen sich auf 34000 Mark. Der Bauplatz ist zu 2000 Mk. angenommen, somit Gesamtaufwand 36000 M. An Staatsbeitrag sind ca. 15000 bis 16000 M. zu erwarten, so daß sich die Baukosten bei solchen Lehmhäusern auf ca. 20000 Mk. stellen würden. Die Stadt stellt für den Probebau die erforderlichen 34000 Mk. und den Bauplatz zur Verfügung.

Von der Enz, 9. Mai. (Ehrengabe. — Beschwindelt.) Die Pforzheimer Industrie- und Handwerkskreise haben für den langjährigen Oberbürgermeister Habermehl eine Ehrengabe von 140000 Mk. gesammelt, die sie ihm in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt überreichten. Bekanntlich ist Habermehl im Herbst zurückgetreten wegen der von radikaler Seite gegen ihn erhobenen und nun als ganz haltlos erwiesenen Beschuldigungen bezüglich der Verwendung öffentlicher Lebensmittel. — Eine Frau von Donaueschingen kam dieser Tage nach Pforzheim, um für 20000 Mk. Silbermünzen loszuschlagen. Sie wurde aber von drei Leuten nach Karlsruhe gelockt, wo ihr die Münzen abgeschwindelt wurden. Die drei Täter wurden aber bereits in Pforzheim verhaftet.

Stuttgart, 9. Mai (Kandidatenliste der U.S.P.) Die U.S.P. Württembergs hat zur Reichstagswahl folgende Kandidaten aufgestellt: Crispien-Berlin, Remmele-Stuttgart, Anna Ziegler-Heilbronn, Engelhardt-Cannstatt, Kinkel-Göppingen, Müller-Ravensburg, Fischer-Eßlingen, Erlenbusch-Backnang, Dauser-Schwenningen, Sophie Döhring-Stuttgart, Mayer-Heidenheim, Schwan-Heilbronn, Schneck-Stuttgart, Hoschka-Cannstatt, Braun-Friedrichshafen, Kern-Bietigheim, Jäck-Ebingen, Hitz-Stuttgart, Lehmann-Köngen und Beck-Cannstatt.

Ludwigsburg, 9. Mai. (Teueres Essen.) Die hiesigen Gastwirte haben beschlossen, kein Mittagessen mehr unter 5 Mark und im Abonnement unter 4 Mk. abzugeben.

Haigerloch, 9. Mai. (Bluttat.) Ein Mädchen namens Marie Kern aus Mannheim, das mit Zigeunern umherzog, hat den Zigeuner Stratzki, während er im Lager schlief, durch einen Revolverschuß schwer verletzt, weil er sie öfters mißhandelt habe. Das Mädchen hat sich selbst der Polizei gestellt.

Tübingen, 9. Mai. (Von der Universität.) Das Rektorat legt den studentischen Verbindungen durch Anschlag am schwarzen Brett nahe, die Festlichkeiten möglichst einzuschränken. — Von der Amerikahilfe ist ein Ballen Kleider zur Verteilung an mittellose Studenten eingegangen. — Ein Allgem. Studentinnenverband ist mit Beginn des Sommersemesters hier gegründet worden.

Ebingen, 9. März. (Freiwilliger Tod.) Die geistig nicht normale Ehefrau des Schuhmachers Ernst Trümpelmann sprang in die Abortgrube und ist dort erstickt. Die Frau ist 39 Jahre alt und hinterläßt zwei Kinder im Alter von 6 und 4 Jahren. Sie lebte getrennt von ihrem Ehemann, dem bekannten Kommunisten Trümpelmann, der unter der Anklage eines Sittlichkeitsverbrechens zzt. in Untersuchungshaft sich befindet.

Saulgau, 9. Mai. (Ueberfall). Der Landwirt Josef Weiß von Renhardsweiler wurde, als er abends mit dem Rad nach Hochberg fuhr, von seinem eigenen Knecht, dem 19jährigen Maier, überfallen, der mehrere Schüsse auf ihn abgab, von denen einer den Weiß leicht verletzte. Der Knecht wurde später verhaftet. Er hatte es auf einen Geldbetrag abgesehen, den Weiß nach Hochberg bringen wollte.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Geldmarkt. Die Mark in **Zürich** steigt jetzt fast jede Woche durchschnittlich um einen Rappen. Am Freitag mittag stand sie 11.10, am Freitag abend 10.95 Rappen gegen 9.80 Rappen vor acht Tagen. Entsprechend flüssig gestalten sich auch die Markkurse an den anderen Auslandsbörsen. Der einheimische Zinsfuß ist unverändert geblieben.

Börse. Die Verkaufslust der Warenhandelskreise, die jetzt, wo die Hochkonjunktur der Waren zu Ende geht, sich durch Verkauf ihrer Wertpapierbestände an der Börse zu entlasten suchen, erzeugt an den deutschen Börsenplätzen eine Unsicherheit und große Zurückhaltung im Geschäft. Die Kurse bröckeln weiter ab, größtenteils nur um wenige Prozent, vielfach aber auch mit Sprüngen, die die Gefahr einer Börsenkrisis nahe rücken, wobei die bisher von der Spekulation am meisten bevorzugten Papiere am schlimmsten mitgenommen werden. Die einheimischen Anleihen dagegen halten sich gut, indem beispielsweise Kriegsanleihe wieder auf 79.50 gestiegen ist, 4prozentige Württemberger dagegen auf 90 zurückgingen.

Produktenmarkt. Das neulich leicht gebesserte Interesse für Hafer hat bereits wieder nachgelassen. Die Käufer halten überall zurück und das Angebot nimmt zu. Etwas besser ist die Nachfrage nach Hülsenfrüchten, auch die nach Stroh. Ganz gering ist das Interesse für Heu, weil bei dem prachtvollen Frühjahrswetter überall schon die Grünfütterung einsetzt. Die letzte amtliche Habernotierung in Berlin war 130 bis 146 Mark pro Zentner Hafer; letztere Notiz 1000 ab Bahn.

Warenmarkt. Der Kampf zwischen Händlern und Käufern ist jetzt überall entbrannt. Die Käufer können den Abbau der allzuhoch hinaufgeschraubten Preise nicht länger abwarten, weil ihnen einfach das Geld ausgeht; die Verkäufer möchten zuvor ihre teueren Warenlager entlasten und sind wegen der weiteren Eindeckung in übler Lage. Die Produktionseinschränkung in der **Schuhindustrie** ist eine Folge der radikalen Kaufeinschränkung und hat leider bereits zur Arbeitsverkürzung in den Fabriken geführt. Auch im Textilgewerbe macht sich die Zurückhaltung der Käufer durch eine große Geschäftsflauheit bemerkbar. Der **Kohlenmarkt** macht immer noch keine Miene, den schwierigen Schaftsprozeß zu erleichtern. Die neuen, seit 1. Mai geltenden Kohlenpreise sind außerordentlich hoch und stellen immer noch mehr als das zehnfache des Friedenspreises dar. Die Brennstoffverkaufspreise und die Frage des Handelsnutzens sollen dieser Tage geregelt werden. Eisen hat nochmals im Preise angezogen. Im Drahtgewerbe gab es nochmals neue Steigerungen.

Viehmarkt. Die Seuchennot unterbindet den gesamten Marktverkehr in Nutz- und Schlachtvieh und macht eine Preiskontrolle unmöglich.

Holzmarkt. Das Geschäft in den verschiedenen Holzorten beginnt etwas ruhiger zu werden. Die Preise gehen nicht nur bei Rund- und Langholz, sondern auch bei geschnittenem Bauholz weiter nach. Auch hier ist der Höhepunkt der Konjunktur auf deutsch gesagt des Wuchers, augenscheinlich überschritten.

Vermischtes.

Reife Erdbeeren. In den sog. Friedrichsweinbergen in Hof und Lembach bei Merbach a. N. wurden die ersten, völlig reifen Erdbeeren gepflückt.

Ertrunken. Der ehemalige „Finanzminister" der Münchner Räterepublik Dr. Fritzen ist beim Baden im Genfer See ertrunken.

Die Firma Krupp hat, wie die „Vossische Zeitung" erfährt, die Umstellung ihrer Werke auf Herstellung von Friedensartikeln bisher mit gutem Erfolg durchgeführt. Die Arbeiterzahl der Werke beträgt etwa 48000 gegen 39000 Personen vor dem Krieg.

Letzte Nachrichten.

WTB. **New York**, 9. Mai. (Reuter.) Einem Bericht zufolge haben die Revolutionäre aus El Paso **die Stadt Mexiko genommen**. Es bestätigt sich, daß Carranza nach Veracruz geflohen ist. Außer den Streitkräften Villas haben sich vier weitere Garnisonen den Revolutionären angeschlossen.

WTB. **London**, 9. Mai. „Weekly Dispatch" meldet aus Jerusalem: 4000 Araber mit 21 Maschinengewehren und 2 Geschützen haben **die Franzosen im Hauranbezirk angegriffen**. Die Verluste auf beiden Seiten sind schwer.

WTB. **Amsterdam**, 9. Mai. Laut „Westminster Gazette" versichert ein drahtloser Moskauer Bericht, daß **englisch-russische Friedensverhandlungen** bevorständen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lauk.
Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig

Bekanntmachung.

Der am kommenden **Mittwoch, den 12. Mai d. J.** vorgesehene

Krämer- und Viehmarkt

findet zu Folge oberamtlicher Verfügung vom heutigen Tage aus seuchenpolizeilichen Gründen **nicht statt.**

Calw, den 7. Mai 1920.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Vergebung von Bauarbeiten.

Die für den Neubau der Herren **Fezer und Frey**, Sägewerksbesitzer in **Pfalzgrafenweiler** erforderlichen

Grabarbeiten im Betrag von 4 400 M.
Mauerarbeiten (Handarbeit) im Betr. 25 800 M.
Zimmerarbeiten „ „ „ 10 000 M.

werden im Akkord vergeben. Die Akkordsunterlagen sind auf dem Büro des Unterzeichneten aufgelegt und wollen Offerte bis spätestens **Mittwoch, den 12. ds. Mts.** daselbst abgegeben werden.

Freudenstadt, den 7. Mai 1920.

Die Bauleitung:
OA. Strmstr. Bernhardt.

Alle Bücher

die im Buchhandel angekündigt werden, sind zu Originalpreisen zu beziehen in der

W. Rieker'schen Buchh.

Altensteig.

15–20000 M.

auf 1. Hypothek sofort gesucht.

Angebote an die Exped. ds. Bl.

Verloren

ging am Sonntag vom Schlachthaus—neue Straße—ob. Helleswe—Schloßberg **eine Grandelbrosche.**

Um Rückgabe gegen gute Belohnung in der Geschäftsstelle ds. Bl. wird gebeten.

Verloren

ging auf dem Weg von Zumweiler bis Altensteig (Egenhauserstraße) ein **Armband.** Da es ein Andenken ist, wird der ehrliche Finder gebeten, es gegen Belohnung in der Geschäftsstelle ds. Bl. abzugeben.

Fünfbronn.

Zugelaufen

ist mir ein **schwarzer Spitzer.** Der rechtmäßige Eigentümer kann diesen abholen b. **Mich. Kalmbach.**

Hunde feil!

Habe eine **Hündin**, Foxterrier, 2 Jahre alt, mit **1 Jungen** (Rüde), 2 Mon. alt, zu verkaufen.

Math. Waidelich
Fünfbronn, auf der Wiese.

Altensteig

Von heute ab sind

Tabak-Setzlinge

zu haben bei

Walz, Gärtner.

Christlicher junger Mann sucht per sofort einfach möbliertes

Zimmer

Offerten an die Exp. d. Bl.

Gründlicher Unterricht in der

englischen Sprache

wird erteilt. 1 Std. 3 Mk.

Angebote an die Exped. ds. Bl.

In Arzthaus wird zum 1. Juni oder später ein zuverlässiges, tüchtiges

Mädchen

gesucht.

Frau Dr. Lühl
Pforzheim.

Bösingen.

Ein stärkeres, zur Zucht geeignetes

Schwein

verkauft oder tauscht gegen zwei **Milchschweine.**

Georg Mönch.

Kainit

feinste Mahlung

empfehlen

Veeh & Ziegler

G. Schneider's Nachfolger, Altensteig

Telephon Nr. 9.

Einen guterhaltenen

Kinderwagen

hat zu verkaufen, wer? — sagt die Exped. ds. Bl.

Kinder-Sportwagen

zu **kaufen gesucht.**

Angebote an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Bettnässen

Befreiung sofort. Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. **Wiltberger u. Co. Stuttgart A. 73**

Altensteig.
Echten

Kautabak

in Rollen

ist eingetroffen bei

Chr. Burghard jr.

Alle Schulartikel

sind zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhandlung

Altensteig.

Göppinger Sauerbrunnen

Nur rein natürliche Quell-Abfüllung

Wohlbekömmliches, billiges Erfrischungs-Getränk

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Amtliche Bekanntmachungen.

Reichstagswahl.

Aufforderung zur Einreichung von Kreiswahlvorschlägen und Erklärungen über die Verbindung von Kreiswahlvorschlägen für die Reichstagswahl im 34. Wahlkreis (Württemberg und Regierungsbezirk Sigmaringen) bezw. im XVII. Wahlkreisverband (Württemberg—Baden).

Es ergeht hiemit die Aufforderung, für die auf 6. Juni 1920 anberaumte Reichstagswahl;

a) Kreiswahlvorschläge bis spätestens Sonntag, den 16. Mai 1920,

b) schriftliche Erklärungen über die Verbindung von Kreiswahlvorschlägen innerhalb des Wahlkreisverbands bis spätestens Sonntag, den 23. Mai 1920

bei dem unterzeichneten Kreis- und Verbandswahlleiter (Stuttgart, Ministerium des Innern, Dorotheenstr. Nr. 1) einzureichen. (Reichswahlgesetz vom 27. April 1920, RGBl. S. 627, §§ 14 und 15).

Im Reichswahlgesetz und in der Reichswahlordnung ist bestimmt:

a) über die Beschaffenheit und den Inhalt der Kreiswahlvorschläge:

Gesetz § 14 Abs. 3—5.

Die Kreiswahlvorschläge müssen von mindestens fünfzig Wählern des Wahlkreises unterzeichnet sein. Die Namen der Bewerber müssen in erkennbarer Reihenfolge aufgeführt sein.

In den Wahlvorschlag darf nur aufgenommen werden, wer seine Zustimmung dazu erklärt hat. Andernfalls wird der Bewerber gestrichen.

In dem einzelnen Wahlkreis darf ein Bewerber nur einmal vorgeschlagen werden.

Wahlordnung § 21.

In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber mit Zu- und Vornamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf, sowie ihr Wohnort und ihre Wohnung so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht.

Wahlordnung § 21.

Die Unterzeichner der Wahlvorschläge sollen ihren Unterschriften die Angabe ihres Berufs oder Standes und ihres Wohnorts und ihrer Wohnung beifügen.

Mit dem Wahlvorschlage sind einzureichen:

1. Die Erklärung der Bewerber, daß sie der Aufnahme ihrer Namen in den Wahlvorschlag zustimmen.
2. Die gemeindebehördliche Bescheinigung, daß die Bewerber am Wahltage das 25. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens einem Jahre Reichsangehörige und vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen sind.
3. Die gemeindebehördliche Bescheinigung, daß die Unterzeichner des Wahlvorschlags in die Wählerliste oder Wahlkartei eingetragen oder mit einem Wahlschein versehen worden sind.

Die Gemeindebehörden haben die Bescheinigungen auf Antrag gebührenfrei auszustellen.

Wahlordnung § 22.

Jeder Wahlvorschlag soll mit einem auf die Parteistellung der Bewerber hinweisenden oder einem sonstigen Kennwort versehen sein, das ihn von allen anderen Wahlvorschlägen deutlich unterscheidet. Irreführende Kennwörter sind unzulässig.

Gesetz § 17.

In jedem Kreiswahlvorschlag muß ein Vertrauensmann und ein Stellvertreter bezeichnet werden, die zur Abgabe von Erklärungen gegenüber dem Kreiswahlleiter und dem Wahlausschuß bevollmächtigt sind. Fehlt diese Bezeichnung, so gilt der erste Unterzeichner als Vertrauensmann, der zweite als sein Stellvertreter.

Gesetz § 18.

Für die Kreiswahlvorschläge kann erklärt werden, daß ihre Reststimmen einem Reichswahlvorschlag (siehe unten) zuzurechnen sind. Die Erklärung muß spätestens am zehnten Tage vor dem Wahltag (am Donnerstag, den 27. Mai 1920) beim Kreiswahlleiter eingereicht sein. Sonst scheiden die Reststimmen des Wahlkreises beim Zuteilungsverfahren für das Reich aus.

Wahlordnung § 25.

Der Wahlleiter soll darauf hinwirken, daß nicht dieselben Unterschriften unter mehreren Wahlvorschlägen stehen. Die gleichen Personen können nicht als Vertrauensmänner für mehrere Reichswahlvorschläge oder mehrere Kreiswahlvorschläge benannt werden.

b) über die Verbindung von Kreiswahlvorschlägen:

Gesetz § 15 Abs. 2 und 3.

Innerhalb eines Wahlkreisverbands können mehrere Kreiswahlvorschläge miteinander verbunden werden. Die Verbindung ist nur dann wirksam, wenn diese Kreiswahlvorschläge derselben Reichswahlliste (siehe unten) angeschlossen sind.

Die Verbindung muß von den auf den Kreiswahlvorschlägen bezeichneten Vertrauenspersonen oder deren Stellvertretern übereinstimmend spätestens am vierzehnten Tage vor dem Wahltag (d. i. am Sonntag, den 23. Mai 1920) dem Leiter des Wahlkreisverbands schriftlich erklärt werden.

Aus den Bestimmungen über die

Reichswahlvorschläge

sind hier zu veröffentlichen:

Gesetz § 16.

Beim Reichswahlleiter können, und zwar spätestens am sechzehnten Tage vor der Wahl (d. i. Freitag, den 21. Mai 1920) Reichswahlvorschläge eingereicht werden. Sie müssen von mindestens zwanzig Wählern unterzeichnet sein. Die Namen der Bewerber müssen in erkennbarer Reihenfolge aufgeführt sein.

In den Wahlvorschlag darf nur aufgenommen werden, wer seine Zustimmung dazu erklärt hat. Die Erklärung muß spätestens am sechzehnten Tage vor dem Wahltag beim Reichswahlleiter eingegangen sein; andernfalls wird der Bewerber gestrichen.

Ein Bewerber darf nur in einem Reichswahlvorschlage benannt werden. Die Benennung in einem Reichswahlvorschlage schließt die Benennung in einem Kreiswahlvorschlage nicht aus, wenn die Erklärung nach § 18 des Gesetzes (siehe oben unter a) sich auf diesen Reichswahlvorschlag bezieht.

Die Namen der

Beisitzer des Wahlausschusses und des Verbandswahlausschusses sowie ihrer Stellvertreter

werden alsbald nach ihrer Berufung öffentlich bekannt gegeben.

Stuttgart, den 6. Mai 1920.

Der Kreiswahlleiter des 34. Wahlkreises und zugleich Verbandswahlleiter des XVII. Wahlkreisverbandes:
Regierungsrat Dr. Widmann.

Bekanntmachung des Staatskommissars für die wirtschaftliche Demobilmachung und des Ernährungsministeriums über den Verkehr mit Hafer.

Auf Grund der dem Staatskommissar für die wirtschaftliche Demobilmachung durch die Bundesratsverordnung über die wirtschaftliche Demobilmachung vom 7. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1292) übertragenen Befugnisse (zu vergl. §§ 1, 4), sowie auf Grund der §§ 1 und 3 der Bundesratsverordnung vom 12. Juli 1917/11. April 1918 über Auskunftspflicht (Reichs-Gesetzbl. S. 604/187 wird bestimmt:

§ 1.

Wer aus dem Bezirk eines Kommunalverbands Hafer in den Bezirk eines anderen Kommunalverbands auf irgend einem Wege befördern will, bedarf dazu neben der Ausfuhrgenehmigung des Kommunalverbands eines Beförderungsscheines der Württ. Landesgetreidestelle.

Der Antrag auf Ausstellung des Beförderungsscheins ist bei den Oberämtern einzureichen.

§ 2.

Die Landesgetreidestelle ist berechtigt, die Erteilung des Beförderungsscheins davon abhängig zu machen, daß der Eigentümer des Hafers ihr eine bestimmte Menge Hafer, jedoch höchstens bis zur Hälfte der auszuführenden Menge, zur Verfügung stellt. Als Vergütung werden die durchschnittlichen Selbstkosten der Hafermengen, deren Ausfuhr beantragt wird, bezahlt.

Die Landesgetreidestelle kann ferner den Nährmittelbetrieben die Abgabe einer bestimmten Menge Hafer und Hafernährmittel, jedoch höchstens bis zur Hälfte der Bestände, auferlegen. Vergütet werden in diesem Fall die durchschnittlichen Selbstkosten der im Betrieb lagernden Bestände.

§ 3.

Wer am 6. Mai 1920 Hafer in Gewahrsam hat, ist verpflichtet, bis spätestens 10. Mai 1920 dem Kommunalverband, in dessen Bezirk der Hafer liegt, schriftlich Anzeige über die Menge, den Lagerort und den Eigentümer des Hafers zu erstatten. Nährmittelfabriken haben neben ihren Haferbeständen auch die in ihrem Eigentum stehenden Mengen an verarbeitetem Hafer anzugeben.

Die Landesgetreidestelle oder der Kommunalverband können von den Personen, die den Hafer bezw. die Hafernährmittel im Gewahrsam haben, oder den Eigentümern weitere Auskunft über die Herkunft des Hafers bezw. der Hafernährmittel, den Einstandspreis und über etwaige Verfügungen, die vom 30. April ab über den Hafer getroffen sind, verlangen.

§ 4.

Von der Anzeigepflicht und von der Pflicht zur Haferablieferung an die Landesgetreidestelle sind befreit:

1. Landwirte hinsichtlich der Vorräte an Hafer eigener Ernte,
2. Tierhalter für ihre Vorräte an nichtselbstgebautem Hafer, sofern diese auf den Kopf der am Meldetag vorhandenen Pferde 20 Ztr., auf den Kopf jedes Zugochsen oder Zuchtbullen 10 Ztr. nicht übersteigen.
3. Kommunalverbände hinsichtlich der Hafermengen, die aus Pflichtlieferungen herrühren.
4. Die Reichsverpflegungsämter und die Truppenverbände hinsichtlich ihrer Futterhaferbestände.

§ 5.

Die Kommunalverbände haben die Anzeigen zu sammeln und eine Uebersicht bis spätestens 12. Mai 1920 der Landesgetreidestelle vorzulegen.

§ 6.

Die Landesgetreidestelle wird ermächtigt, zur Ermittlung richtiger Angaben nach § 3 die Geschäftsbriefe u. Geschäftsbücher, insbesondere auch die Unterlagen für die Preisberechnung einzusehen, sowie Betriebseinrichtungen und Räume zu besichtigen und zu untersuchen, in denen Haservorräte gelagert oder feilgehalten werden, oder in denen Hafer zu vermuten ist.

§ 7.

Wer den Vorschriften der §§ 1 und 2 vorsätzlich zuwiderhandelt wird mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mk. bestraft. Die Befugnis zur Stellung des nach § 6 Satz 2 der Bundesratsverordnung über die wirtschaftliche Demobilmachung vom 7. November 1918 (Reichsgesetzbl. S. 1292 erforderlichen Strafantrags wird der Landesgetreidestelle übertragen.

§ 8.

Wer vorsätzlich die Auskunft nach gegenwärtiger Vorschrift nicht in der gesetzten Frist erteilt oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder wer vorsätzlich der Bestimmung in § 4 zuwider die Einsicht in die Geschäftsbriefe oder Geschäftsbücher oder die Besichtigung oder Untersuchung der Betriebseinrichtungen oder Räume verweigert, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft; auch können Vorräte, die verschwiegen worden sind, im Urteil als dem Staat verfallen erklärt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Auskunftspflichtigen gehören oder nicht.

Wer fahrlässig die Auskunft, zu der er verpflichtet ist, nicht in der gesetzlichen Frist erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu 3000 Mk. bestraft.

Stuttgart, den 30. April 1920. Leipart. Graf.

Gottlieb Nikolaus, Lindenwirt in Schönbronn beabsichtigt die **Einrichtung einer Schlächtereianlage** in seinem Wirtschaftsgebäude. Etwaige Einwendungen gegen diese Anlage sind binnen 14tägiger Frist — vom Tage nach dem Erscheinen der Zeitung an wirksam — beim Oberamt, wo auch die Pläne aufliegen, vorzubringen.

Nagold, den 8. Mai 1920. Oberamt: Müller.

Altensteig.

Vortrag in der Kirche Montag, 10. Mai, abends 8 Uhr von Herrn Missionar Vielhauer über die Frage:

Kann ein moderner Mann ein Christ sein?

Nur für Männer und Jünglinge.

Hiezu ladet freundlich ein

Stadtpfarrer Haug.

Deutsche Volkspartei.

Mittwoch, 12. Mai, abends 8 Uhr

spricht ein Redner der Partei im Saale des **Grünen Baum** über

Politische Lage u. Deutsche Volkspartei.

Zu ihren alten demagogischen Methoden zurückkehrend hat die Demokratie der Partei die schwersten, unhaltbarsten Vorwürfe gemacht, die nur ein Berufspolitiker voll entkräften kann.

Wahrheitsliebende Männer und Frauen werden nicht zögern, auch die Gegenpartei zu hören.

Vor **Anpöbelungen** ist jedermann sicher.

Statt Karten!

Zwerenberg — Rötenbach

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung laden wir Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Samstag, den 15. Mai 1920
im Gasthaus zum Hirsch in Rötenbach

stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst ein.

Johs. Keppler	**Rosine Dengler**
Sohn des † Mich. Keppler, Schreinermstrs. in Zwerenberg.	Tochter des † Johs. Dengler, Schultheißen in Rötenbach.

Kirchgang um 1/2 12 Uhr in Rötenbach.

Kohlenversorgung 1920/21.

Heute

letzter Termin der Kohlenkartenabgabe beim Stadtschultheißenamt, worauf wir unsere werte Kundschaft aufmerksam machen.

Veeh & Ziegler
G. Schneider's Nachf., Altensteig
Telephon Nr. 9.

Altensteig.

Futterkalk

Brockmanns Zwergmarke

in 1 Pfund Pakets Mk. 1.72
in 2 Pfund Pakets Mk. 3.40

zu haben bei

Chr. Burghard jr.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw